

# INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

83/14

SÜDAFRIKA

Atomwaffen  
verbieten!

TOURISMUS

Interview mit  
Derek Hanekom

ZIMBABWE

Kunzwana #1 –  
von Siachilaba bis Kreams



# SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

## **SADOCC:**

- ➔ Dokumentation und Bibliothek in  
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1  
(Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)  
Tel. 01/505 44 84  
Fax 01/505 44 84-7  
URL: <http://www.sadocc.at>
- ➔ das quartalsweise erscheinende  
Magazin INDABA
- ➔ monatliche Veranstaltungen  
„Forum Südliches Afrika“
- ➔ Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- ➔ Projekt Schwimmunterricht in KwaZulu/Natal

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW.

## **Mitarbeit bei SADOCC**

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

### **SADOCC-Aktionsgruppe Südafrika:**

Fundraising für Schwimmprojekt,  
Wanderausstellung Nelson Mandela, div.  
Veranstaltungen...

Kontakt: [office@sadocc.at](mailto:office@sadocc.at)

### **Österreichische Namibia-Gesellschaft:**

2015 feiern wir 25 Jahre Unabhängigkeit  
Namibias!

Kontakt: [namibia@sadocc.at](mailto:namibia@sadocc.at)

## **... Leserbeitrag...**

*Zu Heft 82/14:*

„Habe die Mehrzahl der Artikel im Heft gelesen und sie sehr interessant, gut recherchiert und engagiert gefunden. Besonders die Berichte über Südafrika werfen ein ganz anderes Licht auf die Realität dort als die konventionelle Berichterstattung in den Massenmedien. Mich würde da noch genauer interessieren, wer Interessen an einer verzerrten Berichterstattung hat und warum.“

*Michael Schober (Linz)*

	<b>3</b>	<b>Atomwaffen</b> – ein humanitärer Skandal
<u>spektrum</u>	<b>9</b>	Abdul Minty über eine Initiative, bei der Südafrika eine wichtige Rolle spielt
	<b>13</b>	<b>Neue Akzente im Fremdenverkehr</b>
		Walter Sauer sprach mit dem südafrikanischen Tourismusminister Derek Hanekom
<u>Stadtspaziergänge in Johannesburg</u>	<b>16</b>	
		
<u>Kritik am Initiationsritual für Buben</u>	<b>18</b>	
<u>Kolumne von Adalbert Krims</u>	<b>19</b>	
	<b>20</b>	<b>Musikalischer Dialog mit Zimbabwe</b>
		Peter Kuthan über einen Höhepunkt des heimischen Konzertlebens 2014
	<b>24</b>	<b>Sphinxhafen</b>
		Der Malawisee im Ersten Weltkrieg
<u>Rezensionen</u>	<b>26</b>	

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Bernhard Bouzek, Jo Buitendach, Adalbert Krims, Peter Kuthan, Fezisa Mdibi, Abdul S. Minty, Karl-Heinz Nachtnebel, Franz Römerstorfer, Walter Sauer, Magdalena Waygand, Wilfried Wollmann. **Fotos:** Desirée Bauerstatter, Petra Bayr (Titelbild), Lydia Dyk, Peter Kuthan, Werner Puntigam, SADOCC, Manfred Sauer, Walter Sauer. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 10. September 2014. **Konto:** BA-CA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Christian Mährdel †, Wien.



# Warum rüsten die Atommächte nicht endlich ab?

## Verhandlungen über eine südafrikanische Friedensinitiative in Wien

*Gemeinsam mit anderen Staaten hat Südafrika vor einigen Jahren eine neue Initiative zur nuklearen Abrüstung gestartet. Nicht, daß Atomwaffen in falsche Hände gerieten, sei das eigentliche Problem – schreibt Südafrikas Abrüstungsdiplomate Abdul S. Minty in diesem Exklusivbeitrag für INDABA –, sondern daß sie auch in den richtigen Händen falsche Waffen seien. Seit Jahrzehnten ignorieren die Atomwaffenmächte ihre vertragliche Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung. Durch eine Serie von Konferenzen soll der Druck auf sie verstärkt werden – ein Projekt, bei dem INDABA nur allzu gern mitmacht!*

**a**m 8. und 9. Dezember des heurigen Jahres wird Südafrika gemeinsam mit Regierungen aus aller Welt an einer wichtigen internationalen Konferenz in Wien teilnehmen, um über die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen zu diskutieren.

Wir tun das im Sinn Nelson Mandelas, der die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen hat, „*unsere Welt neu zu gestalten... Der Gewalt rings um uns gegen Menschen, die genauso Menschen sind wie wir, die wir in privilegierten Umständen leben, muß entschieden entgegengetreten werden. Die Gewalt, gegen die ich auftrete, ist die Gewalt des Krieges und der erschreckenden Bedrohung der Menschheit durch riesige Arsenale von Massenvernichtungswaffen, die einige wenige Länder auf der Welt horten... Die zentrale Frage der nuklearen Abrüstung muß auf unserer Prioritätenliste*

*ganz oben stehen.*“ Für Südafrika bietet diese Konferenz eine weitere Gelegenheit, Nelson Mandelas zi-



Hiroshima am 7. August 1945, einen Tag nach dem Abwurf der Atombombe

tierten Aufruf zum Handeln konkret umzusetzen, um in der Tat „*die Welt neu zu gestalten.*“

**d**ie „Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons“ ist schon die dritte zu dieser Thematik. Frühere Konferenzen fanden in Oslo/Norwegen (März 2013) und in Nayarit/Mexiko (Februar 2014) statt. Dort wurden detailliert Fakten über die humanitären Konsequenzen präsentiert, die ein Atomschlag nach sich ziehen würde – Konsequenzen, deren Reichweite weit über nationale Grenzen hinausgehen würden. Es wurde die entsetzliche Verwüstung illustriert, die sich für das Leben der Zivilbevölkerung und das zukünftiger Generationen daraus ergeben würde. Ebenso wurde dargestellt, daß weder Staaten noch internationale Organisationen über ausreichende Kapazitäten verfügen, um die Folgen einer Detonation von Nuklearwaffen zu bewältigen, noch dazu angesichts eines stetig wachsenden Risikos. Diese Erkenntnis

führt unweigerlich zu einer Schlußfolgerung: daß es dringend zu Bewegung im Bereich der nuklearen Abrüstung

## Keine neue Erkenntnis

kommen muß. Die einzige Möglichkeit, diese katastrophalen Konsequenzen zu vermeiden, liegt darin, atomare Waffen vollständig zu eliminieren und sicherzustellen, daß sie nie mehr wieder produziert werden.

Die internationale Gemeinschaft ist sich seit langem der katastrophalen Folgen eines Atomwaffeneinsatzes bewußt. Einige Beispiele dafür:

- Schon 1946, sechs Monate nach den Atomschlägen gegen Hiroshima und Nagasaki, setzte die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Kommission ein, die spezielle Vorschläge „für die Eliminierung von Atomwaffen und aller anderen Massenvernichtungswaffen aus den nationalen Arsenalen“ machen sollte.
- In Reaktion auf die Auswirkungen von Nukleartests in Algerien verabschiedete die Generalversammlung eine Resolution über den Bericht des *United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation*, in der sie erklärte, „daß sowohl die Sorge für die Zukunft der Menschheit als auch die grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts allen Staaten die Verantwortung für Aktionen auferlegen, die schädliche biologische Konsequenzen für die heutige wie auch zukünftige Generation der Völker in anderen Staaten haben könnten.“
- Diese Besorgnis führte zur Errichtung von kernwaffenfreien Zonen in mehreren Regionen, darunter auch in Afrika, beginnend mit dem Vertrag von Tlatelolco in Lateinamerika und der Karibik, in dem die Staaten dieser Region ihrer Überzeugung Ausdruck

# Abrüstung: Südafrika

Daß ein Einsatz von Kernwaffen katastrophale humanitäre Auswirkungen nach sich zieht, weiß man eigentlich, wenn man je Fotos von Hiroshima und Nagasaki 1945 gesehen hat – und die Zerstörungskraft der Sprengköpfe hat sich seither vervielfacht. Dennoch ist das Thema im öffentlichen Diskurs kaum präsent. Die Zahl der Aktivist/inn/en, die jährlich Anfang August unter interessierten Blicken japanischer Tourist/inn/en das Hiroshima-Gedenken am Wiener Stephansplatz organisieren, wird ständig kleiner, Medienberichte über die 24/7-einsatzbereiten nuklearen Arsenale sind selten (aha: eine Unabhängigkeit Schottlands hätte die Verlegung der atomwaffenbestückten U-Boote nach England zur Folge?), von den UN-Abrüstungsverhandlungen dringt wenig nach außen. Offenbar braucht es einen neuen Versuch, den Begriffsstützigen deutlich zu machen, daß Atomwaffen auch in den Händen der sich dafür legitimiert fühlenden Großmächte keine Sicherheitsgarantie sind, sondern eine humanitäre Bedrohung.

Eigentlich sollten Kernwaffen ja längst Vergangenheit sein. Artikel 6 des sog. Atomsperrvertrags (NPT) von 1968, dem wichtigsten internationalen Steuerungselement in diesem Bereich, sieht die „baldige“ Beendigung des Wettrüstens sowie vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle vor. Trotz einzelner Erfolge im Entspannungsklima der 1970er Jahre ist man von der Einlösung dieser Verpflichtung aber noch weit entfernt. Nicht einmal der 1996 mit Zustimmung aller Atomwaffenmächte beschlossene Atomteststopp (CTBT) trat bisher in Kraft, und beim Verbot der Erzeugung von spaltbarem Material für militärische Zwecke (FMCT) gibt es noch nicht einmal ein Arbeitsprogramm. Von den 64 Punkten eines Aktionsplans, der 2010 bei der NPT-Überprüfungskonferenz in New York beschlossen wurde, sind laut einer Studie der *Women's International League for Peace and Freedom* in Genf nur wenige ganz umgesetzt.

„Bedauerlicherweise ist es auch in den 25 Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges zu keinem Mentalitätswandel der Nuklearwaffenstaaten – USA, Frankreich, UK, Rußland und China – gekommen“, sagt Botschafter Alexander Kmentt, Leiter der zuständigen Abteilung im Außenministerium. „Ihr Beharren auf Atomwaffen ist wahrscheinlich der stärkste Faktor für die Weiterverbreitung derselben – nicht, daß sie selbst Atomwaffen oder die erforderliche Technologie liefern, aber sie machen den Status, der mit dem Besitz von Atomwaffen verbunden ist, für andere attraktiv.“ Schon sind es vier atomwaffenbesitzende Staaten, die dem Atomsperrvertrag nicht (mehr) angehören und keiner internationalen Kontrolle unterliegen: Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea.

# spielt führende Rolle

Immerhin: 2010 sprach die erwähnte NPT-Überprüfungskonferenz auch von den „katastrophalen humanitären Konsequenzen“, die jeder Einsatz von Atomwaffen nach sich ziehen würde. Eine Passage, für die sich neben anderen Staaten auch Südafrika einsetzte, das sich seit 1994 im Rahmen der „New Agenda Coalition“ kompromißlos für Abrüstung positionierte (vgl. S. 19). „Südafrika spielt in diesem Bereich eine absolut führende Rolle“, so Botschafter Kmentt.

16 Staaten – neben Südafrika, Norwegen und der Schweiz erfreulicherweise auch Österreich – gaben 2012 den Anstoß für die verstärkte Thematisierung der „humanitären Dimension“. Gestützt auf alte und neue Einsichten sollten der internationalen Gemeinschaft die Folgen etwaiger atomarer Detonationen – ob militärisch gezielt oder durch Mißverständnis und Schlamperei – vor Augen geführt werden: Hunderttausende Todesopfer, der Zusammenbruch von Infrastruktur und Wirtschaft, grenzüberschreitende atomare Verseuchung, globale Auswirkungen bei Klima und Nahrungsmittelversorgung.

Wo die Faktenverweigerer sitzen, ist nicht schwer zu erraten. 146 Staaten nahmen im Februar 2014 an der zweiten Konferenz in Nayarit/Mexiko teil – nicht aber die Vereinigten Staaten, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Israel und Nordkorea. Auch manche Teilnehmerstaaten, wie die Bundesrepublik Deutschland, äußerten sich eher negativ, aus taktischen oder anderen Gründen. Beschlußdokumente gibt es keine, die offiziellen „Zusammenfassungen“ aber und die gehaltenen Reden sprechen häufig von einem „Momentum“, das es zu erzeugen gelte – im Klartext: Bewegung in den Atomwaffenstaaten.

Dieses „Momentum“ werde sich bei der dritten Konferenz in Wien (8./9. Dezember 2014) sicher verstärken, ist Botschafter Kmentt optimistisch. Denn auch die Atomwaffenmächte registrierten die zunehmend ausgehöhlte Glaubwürdigkeit, ja das mögliche Zerbrechen des NPT mit Besorgnis. Die Republik Österreich hoffe daher auf einen noch größeren Teilnehmerkreis als in Nayarit und daß es möglich sein werde, das herrschende Sicherheitsparadigma durch humanitäre Argumentationen zu durchbrechen.

Vom angepeilten Fernziel – der Ächtung und Eliminierung von Kernwaffen – wird man also auch nach der Konferenz in Wien noch weit entfernt sein. Wie weit, hängt aber nicht zuletzt auch vom Druck der Öffentlichkeit auf die Regierungen ab – Medien, NGOs, Wissenschaftler/innen, Parlamente und Sozialpartner sind gefordert.

Walter Sauer

verliehen, „daß Nuklearwaffen, deren schreckliche Folgen unterschiedslos und unerbittlich sowohl Militärs als auch Zivilisten betreffen, durch das Anhalten der von ihnen freigesetzten Radioaktivität einen Angriff auf die Integrität der Menschheit darstellen und letztlich sogar die gesamte Erde unbewohnbar machen könnten.“

• Dieselbe Sorge lag 1968 dem Atomsperrvertrag (*Treaty on the Non Proliferation of Nuclear Weapons/NPT*) zugrunde, der von der „der Devastierung, die ein Atomkrieg über die gesamte Menschheit bringen würde“ sprach und eine „darausfolgende Notwendigkeit“ konstatierte, „alles zu unternehmen, um die Gefahr eines solchen Krieges abzuwenden und Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Völker zu treffen.“

• In dieselbe Richtung ging auch die Schlußerklärung der ersten Abrüstungssession der UN-Generalversammlung: „Die Menschheit ist heute mit der beispiellosen Drohung ihrer Selbstauslöschung konfrontiert, die sich aus der massiven und konkurrierenden Anhäufung der zerstörerischsten Waffen, die je erzeugt wurden, ergibt. Die bestehenden Arsenale an Atomwaffen reichen mehr als aus, um alles Leben auf der Erde zu zerstören.“

• 1996 hob eine *Advisory Opinion* des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) über die Legalität des Gebrauchs oder der Androhung des Gebrauchs von Nuklearwaffen hervor, daß „die zerstörerische Gewalt eines Atomschlags weder räumlich noch zeitlich begrenzt werden kann. Diese Waffen haben das Potential, die gesamte Zivilisation und das gesamte Ökosystem unseres Planeten zu zerstören ... Es ist geboten ..., den einzigartigen Charakter von Atomwaffen und im besonderen ihre destruktive Kapazität zu berücksichtigen.“

sichtigen, ihre Kapazität, unsagbares menschliches Leid zu verursachen, und ihre Fähigkeit, kommende Generationen zu schädigen.“

• All diese Betroffenheiten wurden schließlich im Jahr 2000 bekräftigt, als die Staats- und Regierungschefs die *Millennium Declaration* verabschiedet, in der sie sich entschlossen, „sich für die Eliminierung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atomwaffen, einzusetzen und alle Möglichkeiten diesbezüglich zu nützen, inklusive die Einberufung einer Konferenz zur Identifizierung von Wegen zur Eliminierung der atomaren Gefahren.“

**T**rotz der langjährigen globalen Anerkennung dieses humanitären Gebots wurde dieser Aspekt bei den bisherigen Verhandlungen über atomare Abrüstung und Nichtweiterverbreitung marginalisiert. Der Schwerpunkt der Diskussion richtete sich auf eng definierte nationale Sicherheitsfragen, es dominierten die Interessen der Atom-

### Kein Fortschritt bei Abrüstung

mächte. Vor kurzem allerdings begann sich die Situation infolge der Frustration der Nicht-Atomwaffenstaaten über die fehlenden Ergebnisse bei der nuklearen Abrüstung zu verschieben. Nicht-Atomwaffenstaaten verzichteten nämlich bei ihrem Beitritt zum Atomsperrvertrag auf die Option nuklearer Bewaffnung, und zwar auf Basis einer korrespondierenden Verpflichtung der Atomwaffenstaaten, „Verhandlungen in gutem Glauben über effektive Maßnahmen zur baldigen Beendigung des nuklearen Wettrennens und zu atomarer Abrüstung zu führen.“ Nach wie vor haben die Atomwaffenstaaten diesen Teil des Abkommens aber nicht erfüllt.

Denn wengleich sich die Anzahl

der gelagerten Kernwaffen seit dem Kalten Krieg verringert hat, ist diese Verringerung lächerlich gering. Das globale Nukleararsenal beläuft sich heute auf über 17.000 Sprengköpfe. Diese Größenordnung, in Verbindung mit der stetigen Modernisierung und dem Umstand, daß Atomwaffen einen integralen Teil der Sicherheitsdoktrin der Atomwaffenstaaten bilden, deutet darauf hin, daß sich die Atomwaffenstaaten – entgegen ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung – offenbar Hoffnungen auf einen unbegrenzten Besitz ihrer nuklearen Arsenale machen.

Als Rechtfertigung dieser Situation führen Atomwaffenstaaten an, daß zunächst die erforderlichen Bedingungen für weitere Fortschritte bei der atomaren Abrüstung geschaffen werden müßten. In diesem Zusammenhang wird auf aktuelle regionale Krisen und die Notwendigkeit hingewiesen, den gegenwärtigen Sicherheitskontext in Betracht zu ziehen. Für Nicht-Atomwaffenstaaten hingegen dienen solche Standpunkte nur der nuklearen Weiterverbreitung, indem sie Staaten in Konfliktregionen ein extrem gefährliches Beispiel geben. Nicht-Atomwaffenstaaten sind vielmehr der Ansicht, daß es „für die falschen Waffen keine richtigen Hände geben kann“, und daß die notwendigen Bedingungen für atomare Abrüstung bereits mit dem Inkrafttreten des Atomsperrvertrags und den seither zusätzlich eingegangenen Verpflichtungen geschaffen worden seien.

**I**nteressierte Nicht-Atomwaffenstaaten reagierten auf den mangelnden Fortschritt, indem sie neuerlich die Initiative ergriffen. Die Konferenzen in Oslo und Nayarit waren ein wichtiger Teil dieses Prozesses. In Zusammenarbeit mit unseren Freunden in der

Zivilgesellschaft und in internationalen Organisationen begannen wir den Diskurs zu verändern, indem wir Atomwaffen als das hinstellten, was sie sind: Instrumente von Tod und Zerstörung.

### Den Diskurs mitgestalten

Ein wichtiger Wendepunkt diesbezüglich war die Überprüfungs-konferenz des Atomsperrvertrages 2010, bei der die teilnehmenden Staaten ihre „tiefe Betroffenheit über die katastrophalen humanitären Konsequenzen jeglichen Gebrauchs von Atomwaffen“ formulierten und „die Notwendigkeit für alle Staaten“ bekräftigten, „jederzeit das anwendbare Völkerrecht, inklusive das humanitäre Recht, zu befolgen.“

Dem folgten andere wichtige Entwicklungen, wie u. a.:

- die bahnbrechende Erklärung des Delegiertenrates des Internationalen Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds von 2011, welche „das unkalkulierbare menschliche Leid“ festhielt, „das als Folge eines Nuklearschlages zu erwarten ist, das Fehlen jeder adäquaten humanitären Reaktionsmöglichkeit und die absolute Notwendigkeit, den Gebrauch von Atomwaffen zu verhindern.“
- Die Schlußfolgerungen des Vorsitzes des 2012er-Vorbereitungskomitees für die nächste NPT-Überprüfungskonferenz:

„Die Teilnehmerstaaten erinnerten an ihre tiefe Besorgnis über die katastrophalen humanitären Auswirkungen jedes Einsatzes von nuklearen Waffen. Viele Staaten unterstrichen ihre ernsthafte Besorgnis, daß in diesem Fall humanitäre Konsequenzen unvermeidlich sein würden und keine Nothilfe an betroffene Regionen geleistet werden könnte. Sie brachten ihre Erwartung zum Ausdruck, daß die humanitären Konsequenzen eines



*Atomwaffeneinsatzes im Rahmen des laufenden Überprüfungszyklus erörtert werden würden.“*

• Die von Südafrika koordinierte Gemeinsame Erklärung von 80 Staaten beim Vorbereitungs Komitee 2013 für die NPT-Überprüfungskonferenz, das größte je beim Atomsperrvertrag eingebrachte Statement, das auf ähnlichen Bemühungen der Schweiz im Jahr zuvor aufbaute: *„Es liegt im Interesse des Überlebens der Menschheit, daß Atomwaffen nie wieder verwendet werden, egal unter welchen Umständen. Den katastrophalen Auswirkungen der Detonation einer Atomwaffe – ob durch Zufall, Versehen oder Absicht hervorgerufen –, kann nicht adäquat begegnet werden. Jede Anstrengung muß unternommen werden, um diese Bedrohung zu beseitigen. Der einzige Weg zu garantieren, daß Nuklearwaffen nie wieder verwendet werden, ist ihre totale Eliminierung. Allen Staaten ist die Verantwortung auferlegt, den Gebrauch von Nuklearwaffe sowie ihre vertikale und horizontale Weiterverbreitung zu verhindern und atomare Abrüstung zu erreichen, unter Einschluß der Zielsetzungen des Atomsperrvertrags.“* Die Anzahl der Unterzeichner dieser Initiative wuchs im Lauf der UN-Generalversammlung 2013 noch weiter an, als Neuseeland eine *Gemeinsame Erklärung* zu diesem Thema präsentierte, die von 125 Staaten unterschrieben worden war.

Trotz der Kritik einiger Atommächte, hier würde es einfach um ein Ablenkungsmanöver gehen, demonstrieren diese Entwicklungen, daß humanitäre Erwägungen heute ihren Platz bei allen Debatten über nukleare Abrüstung und Nichtweiterverbreitung behaupten. Ausgehend von den Konferenzsätzen der UN-Generalversammlung, des Atomsperrvertrags und der Abrüstungskonferenz findet die Thematik

## Nationalrat für atomare Abrüstung

Auf Initiative der Abgeordneten Christine Muttonen (SPÖ) und Reinhold Lopatka (ÖVP) faßte der Nationalrat am 10. Juli 2014 einstimmig die folgende EntschlieÙung betreffend die Bemühungen der österreichischen Bundesregierung im Bereich der Abrüstung von Nuklearwaffen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- sich auch weiterhin auf internationaler und europäischer Ebene für Abrüstung und die vollständige völkerrechtliche Ächtung von Kernwaffen, deren Produktion, Verkauf, Erwerb, Proliferation und Besitz einzusetzen;
- sich auf bilateraler und multilateraler Ebene aktiv für die Verwirklichung von Zonen frei von Massenvernichtungswaffen einzusetzen;
- sich in diesem Zusammenhang das in der UN-Resolution 687 formulierte Ziel einer atomwaffenfreien Zone im gesamten Raum des Nahen und Mittleren Ostens zu eigen zu machen und auf multi- und bilateraler Ebene entsprechende Initiativen zu ergreifen;
- innerhalb der EU auf ein wirkungsvolles Verbot von Rüstungsexporten, insbesondere von atomwaffenfähigen Systemen, in Krisenregionen zu drängen;
- sich gegenüber der NATO und deren Mitgliedstaaten dafür auszusprechen, daß die nukleare Abschreckung aus der NATO-Doktrin gestrichen wird;
- sich angesichts der augenblicklichen Krise in der Ukraine gegen jede politische oder militärische Handlung zu stellen, die die Ausweitung der nuklearen Abschreckung zum Ziel hat;
- die Androhung, Atomwaffen einzusetzen, schärfstens zu verurteilen;
- sich in Europa aber auch weltweit dafür einzusetzen, daß nicht-militärische zwischenstaatliche Sicherheits- und Kooperationsorganisationen gestärkt und wo noch nicht vorhanden, aufgebaut werden;
- sich auf europäischer Ebene für ein Verbot von oder zumindest für eine striktere Regulierung des Exports von Atomtechnologien einzusetzen.“

Christine Muttonen, die außenpolitische Sprecherin der SPÖ, zeigte sich im Anschluß erfreut über die einstimmige Annahme des EntschlieÙungsantrags: *„Damit hat das Parlament eindrucksvoll deutlich gemacht, daß wir Atomwaffen ohne Wenn und Aber ablehnen und für eine Welt frei von Massenvernichtungswaffen eintreten.“* Muttonen kritisierte zudem das Verhalten der Atomwaffenstaaten: *„Seit beinahe 50 Jahren gilt der Atomwaffensperrvertrag, und noch immer haben die Atomwaffenstaaten ihre Teile des Vertrages nicht erfüllt.“*

Ganz im Gegenteil: *„Atomwaffenbestände werden modernisiert, und die nukleare Abschreckung ist immer noch Teil der NATO-Doktrin. Weltweit halten Atommächte rund 2.000 Atomraketen auf hoher Alarmstufe bereit, die sie in wenigen Minuten abfeuern könnten.“* Die Gefahr einer nuklearen Explosion durch Staaten oder Terroristen sei nicht geringer, sondern größer geworden, so Muttonen.

Eingang in nationale Erklärungen, Resolutionen und Berichte und kann nicht mehr länger ignoriert werden. Die Bemühungen gehen heute über den Kreis der Regierungen hinaus und erfassen u. a. Parlamente, Gewerkschaften, Berufsverbände und Kirchen.

**a**ls einziges Land der Welt, das ein eigenes Atomwaffenprogramm entwickelt und danach zerstört hat, verweist Südafrika stets auf die humanitären Erwägungen, die sein Streben nach einer Welt ohne die atomare Bedrohung untermauern. Für uns geht es bei nuklearer Abrüstung

um nichts weniger als um das Überleben der Menschheit. Menschliche Sicherheit, verbunden mit besonderer

### Südafrikas Position

Berücksichtigung von Entwicklung, stand seit dem Beginn seiner Demokratie im Zentrum von Südafrikas Positionen.

Diese entstanden aus und wurden geprägt von unserem Befreiungskampf. Wir kennen die Verwüstung, die von Nukleartests auf dem und um den afrikanischen Kontinent hervorgerufen wurden, und die ständige Drohung des Atomwaffenprogramms des Apartheidregimes, das unser eigenes Leben und das unserer Nachbarn überschattete, nur zu gut. Es ist in der Tat kein Zufall, daß Afrikas gemeinsame Forderung nach einer atomwaffenfreien Welt, wie sie Eingang in den Vertrag von Pelindaba gefunden hat, zur Zeit der afrikanischen Unabhängigkeit vom Kolonialismus entstanden ist, als Afrika seine hart erkämpfte Freiheit gegen die Bedrohung nuklearer Vernichtung schützen wollte. Ghanas Kwame Nkrumah, der im Namen unseres Kontinents eine signifikante Rolle dabei spielte, erklärte: „Afrika ist nicht

*an einer ‚Verteidigung‘ interessiert, die darauf hinausläuft, sich an der Ehre der Zerstörung der Menschheit zu beteiligen. Wir in Afrika wollen leben und uns entwickeln. Wir haben uns nicht von Jahrhunderten des Imperialismus und Kolonialismus befreit, nur um durch nukleare Waffen verstümmelt und vernichtet zu werden.“*

Abgesehen von den humanitären Wirkungen einer Detonation wird Afrikas Wunsch zu leben und sich zu entwickeln durch die Produktion, Modernisierung, Lagerung und Drohung von Atomwaffen laufend untergraben. Von einer entwicklungspolitischen Perspektive aus gesehen stehen die gewaltigen öffentlichen Ressourcen, die für Atomwaffen verwendet werden, in starkem Kontrast zu den Versprechungen an Entwicklungshilfe, wie sie zur Jahrtausendwende zur Unterstützung der *Millennium Development Goals (MDGs)* gemacht wurden. Die Kosten für die Erhaltung des nuklearen Arsenal belaufen sich heute auf etwa das Doppelte der gesamten Entwicklungshilfe an Afrika. Das ist offensichtlich weder akzeptabel noch nachhaltig in einer Welt, in der die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse von Milliarden Menschen nicht befriedigt werden können.

**f**ür Südafrika ist daher der *status quo* bei Atomwaffen nicht länger gerechtfertigt. Diese Waffen sind nicht nur unakzeptable, unmenschliche und völkerrechtlich illegale Instrumente, sie haben auch keinen anderen Sinn, als internationalen Frieden und Sicherheit zu untergraben. Wir müssen sicherstellen, daß sich der Horror von 1945 nie mehr wiederholt und daß die Menschheit schließlich vom Fluch nuklearer Waffen befreit wird. Wir werden daher unsere Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, fortsetzen.

In diesem Sinn sehen wir den Diskussionen in Wien entgegen, die zweifelsohne auf den erfolgreichen Ergebnissen von Oslo und Nayarit aufbauen werden. Dadurch werden sie dazu beitragen, daß die Staaten ein tieferes Verständnis nicht nur der katastrophalen humanitären Folgen



und der Risiken entwickeln, die mit Atomwaffen verbunden sind, sondern auch der konkreten Schritte, die notwendig sind, um Bewegung auf dem Gebiet der atomaren Abrüstung zu erreichen. Dadurch erfüllen wir Madibas stolzes Vermächtnis und „gestalten unsere gemeinsame Welt neu“!

*Botschafter Abdul S. Minty, 1960 einer der Gründer der britischen Anti-Apartheid-Bewegung und langjähriger Leiter der „World Campaign against military and nuclear collaboration with South Africa“, machte ab 1994 im südafrikanischen Außenministerium Karriere (zuletzt war er Acting Director General) und vertrat Südafrika in zahlreichen multilateralen Gremien, inklusive dem Gouverneursrat der International Atomic Energy Agency (IAEA) in Wien. Er ist heute Ständiger Vertreter der Republik Südafrika bei den internationalen Organisationen in Genf. Eine ausführliche Einschätzung der Verhandlungssituation betr. nukleare Abrüstung gab er im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung von SADOCC und südafrikanischer Botschaft 2008 in Wien (INDABA 58/08).*

## ...spektrum...

**Krise in Lesotho.** Die seit langem schwelende politische Krise in dem kleinen Bergkönigreich hat sich vertieft. Am 30. August startete der von der Regierung angefeindete Armeegeneral Tlali Kamoli einen Putschversuch, mehrere Polizeistationen wurden überfallen, wobei ein Offizier getötet und neun verletzt wurden. Premierminister Tom Thabane suchte in Südafrika Zuflucht.

Südafrika erkennt allerdings – wie die Afrikanische Union – keine demokratisch nicht legitimierten Umstürze in Afrika mehr an, Thabane wurde daher von südafrikanischen Truppen zurück nach Maseru eskortiert. Einige Tage darauf reisten Präsident Jacob Zuma und Außenministerin Maite Nkoana-Mashabane zu einer Vermittlungsmission nach Lesotho. Ergebnis war die Zusage aller Parteien, bis Freitag, den 12. September, über einen Termin für die Wiedereröffnung des Parlaments zu entscheiden, welches seit Juni nicht mehr zusammengetreten war. Darin wird ein wichtiger Schritt für die Rückkehr zur politischen Normalität gesehen.

Bis zum gewählten Datum konnte allerdings keine Einigung erzielt werden, von mehreren Seiten wurde das Einschreiten der regionalen *Southern African Development Community* (SADC) gefordert.

Die seit den letzten Wahlen 2012 angespannte Situation wird durch den permanenten Konflikt zwischen Thabanes *All Basotho Convention* (ABC) und dem *Lesotho Congress for Democracy* (LCD) des Vizepremiers, Mothetjoa Metsing, verschärft, dem auch der Putschgeneral nahestehen soll. König Letsie III., in Österreich durch seinen Besuch 2013 bekannt

(INDABA 78/13), manövriert offenbar zwischen beiden Fraktionen.

Nun soll die SADC-Troika zu Gesprächen in Maseru eintreffen, Mitte September (nach Redaktionsschluß) soll sich ein Gipfeltreffen der Organisation in Pretoria mit der verfahrenen Situation befassen. Dies gab der routinemäßig amtierende Vorsitzende der SADC, Zimbabwes Robert Mugabe, bekannt.

Vielen in Lesotho ist noch die Krise von 1998 in Erinnerung, bei der Soldaten aus Südafrika und Botswana mit Mandat der SADC in Lesotho intervenierten, um Unruhen nach den damaligen Wahlen zu stoppen. Eine Eskalation war die Folge, fast 60 Menschen aus Lesotho sowie acht Soldaten kamen ums Leben.



*Impressionen aus Lesotho*

### **Waffenstillstand in Moçambique.**

Nun war er doch zu einem Treffen bereit: Begleitet von fünf ausländischen Diplomaten flog Renamo-Führer Afonso Dhlakama am 4. September nach Maputo, um Gespräche mit Staatspräsident Armando Guebuza zu führen und ein von Bevollmächtigten beider Seiten ausverhandeltes Waffenstillstandsabkommen zu unterschreiben (INDABA 82/14). Wenige Tage später wurde das Abkommen vom Parlament ratifiziert.

Der Vertrag sieht die Demobilisierung der auf mehrere hundert Mann geschätzten Kämpfer der Renamo vor

und ihre Integration in die moçambikanische Armee. Der Prozeß soll von ausländischen Militärbeobachtern – vorgesehen sind Botswana, Zimbabwe, Südafrika, Kenya, Kap Verde, Portugal, Italien, Großbritannien und die USA – begleitet werden.

Allerdings wird für den Beginn kein Zeitpunkt genannt, hier stehen noch schwierige Verhandlungen bevor.

Immerhin markiert das Agreement die Beendigung der vor zwei Jahren wiederaufgeflamten Kämpfe der Rebellen gegen die Regierung von Moçambique und ermöglicht Dhlakama den Start seines Wahlkampfs für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 15. Oktober. Für die seit 1975 regierende Befreiungsbewegung Frelimo geht als Spitzenkandidat Felipe Nyasa ins Rennen, nachdem Guebuza nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten darf.

Dhlakama, Führer der seinerzeitigen Terrorbewegung Renamo, die das Land in Kooperation mit Apartheid-Südafrika destabilisierte, nahm seit dem Friedensschluß an allen Wahlen in Moçambique teil, zog aber stets den kürzeren. Renamo ist verständlicherweise nur in einzelnen Landesteilen populär. Derzeit verfügt die Gruppierung über 51 Mandate im 250-Personen starken Parlament.

Der Wahlkampf hat mittlerweile bereits eingesetzt. 2009 hatte Frelimo einen Erdrutschsieg eingefahren und 191 Sitze im Parlament erreicht (INDABA 64/09). Allerdings hatte es erhebliche Kritik an Manipulationen auf Provinzebene gegeben, woraufhin das Wahlrecht geändert wurde.

### **Parteistreitigkeiten in Zimbabwe.**

Nicht nur die regierende ZANU-PF wird von heftigen Fraktionskämpfen geschüttelt, auch in der Opposition fliegen die Fetzen. Angesichts der sich

vertiefenden Wirtschaftskrise verfügt keine der Parteien über Alternativen – oder nimmt auch nur auf die Wahlversprechen Bezug.

MDC-T, geführt vom früheren Premierminister Morgan Tsvangirai, steht vor ihrem Kongreß, der Ende Oktober – zwei Jahre vor dem statutengemäßen Datum – in Harare abgehalten werden soll. Eine Diskussion über Statutenänderungen, die dem Parteichef mehr Gewicht geben sollen, hat zu politischen Kontroversen geführt. Tsvangirais Stellvertreterin, Thokozani Khupe, und ihr nahestehende Parteifunktionäre lehnen die geplante Aufwertung Tsvangirais ab. Dessen Anhänger sehen in der statutenmäßig starken Position des Generalsekretärs den eigentlichen Grund für die Spaltungen der Partei, die sie letztlich gegenüber Mugabes ZANU PF kampfunfähig machte: 2005 und 2014 separierten sich jeweils die Generalsekretäre, Welshman Ncube bzw. Tendai Biti, mit eigenen Parteien ab, daher soll diese Position nun geschwächt werden. Die Statutenänderung, für die nun landesweit unter MDC-Anhängern geworben wird, sieht im Gegenzug die Stärkung des Präsidenten sowie die Schaffung von zwei Vizepräsidenten vor – ähnlich wie in der Satzung der ZANU PF.

Politische Analytiker sehen in den ständigen internen Kämpfen einen wichtigen Grund für die Schwäche der Opposition. „Meiner Meinung nach ist die Opposition heute schwächer und zersplitterter als 1995“, sagt zum Beispiel der Journalist und Autor Dumisani Nkomo. Eldred Masunungure, Politikwissenschaftler an der Universität von Zimbabwe, sieht es ähnlich: „Trotz des internen Streits bei ZANU PF um die Nachfolge Mugabes können die Oppositionsparteien kein Kapital daraus schlagen. Solange sie mit sich selbst streiten, bilden sie keine

attraktive Alternative zu Mugabe, ja sie legen nicht einmal alternative politische Vorschläge vor.“



Rivalen in der Opposition: Morgan Tsvangirai und Welshman Ncube (re.)

### **Parlamentswahlen in Botswana.**

Botswana gilt gemeinhin zwar als ein Musterland der Demokratie im Südlischen Afrika, aber wenn Wahlen vor der Tür stehen, gelten die fundamentalen Freiheitsrechte nicht mehr viel. Wie das Menschenrechtszentrum *Ditshwanelo* am 12. September berichtete, wurde wenige Tage zuvor der Herausgeber des *Sunday Standard*, Outsa Mokone, verhaftet und unter Artikel 50 und 51 des Strafgesetzbuches angeklagt. Diese Artikel definieren die Veröffentlichung von Zeitungsartikeln, die Unzufriedenheit mit dem Präsidenten oder der Regierung schüren könnten, als einen kriminellen Akt. Die Anklage gegen Mokone bezieht sich auf einen Bericht der Zeitung über einen Verkehrsunfall von Präsident Generalleutnant Ian Khama, der gegenüber der Öffentlichkeit angeblich vertuscht wurde, u. a. indem der in den Unfall verwickelte Lenker des Jeeps, der in Khamas Wagenkolonne gefahren war, zwei Tage lang von der Leibgarde des Präsidenten festgehalten wurde – bis die vorgeschriebene Meldefrist für Verkehrsunfälle überschritten war. Erst nach dem Zeitungsbericht bestätigte das Präsidentenamt den Unfall, de-

mentierte aber, daß Khama in dem betreffenden Auto gesessen sei.

Mokone wurde zwar gegen Kautionsentlassung – sein Prozeß wurde für 28. November angesetzt –, die Polizei durchsuchte jedoch die Räume des *Sunday Standard*, um „aufrührerisches“ Material zu beschlagnahmen. Der Autor des inkriminierten Artikels, Edgar Tsimane, fürchtet um sein Leben und flüchtete nach Südafrika, wo er befristetes Asyl erhielt.

Ditshwanelo sieht in dem Vorfall eine schwere Verletzung der Pressefreiheit und der persönlichen Freiheitsrechte des Journalisten.

Ende Oktober wird in Botswana gewählt. Vor vier Jahren brachten die Wahlen einen weiteren Sieg der seit 1966 regierenden *Botswana Democratic Party (BDP)*, die 45 von 57 Mandaten im Parlament auf sich vereinigen konnte (INDABA 64/09). Zwölf entfielen auf die *Botswana National Front (BNF)*. Die schlechte Wirtschaftslage und der



Präsident Ian Khama

Konservatismus der BDP haben allerdings zu starker Wähler/innen/apathie und Unzufriedenheit bei der Jugend geführt.

**Namibia – Solidarität.** Das Kabinett in Windhoek stellt jeweils eine Million US-\$ (umgerechnet etwa je

## Putsch der Jugend vor Wahlen in Namibia

Der Termin für die fälligen Wahlen zur *National Assembly*, der ersten Kammer des Parlaments, und des neuen Staatsoberhauptes wurde vom scheidenden Staatspräsidenten Hifikepunye Pohamba (79) für den 29. November 2014 angesetzt. Wahlberechtigt und registriert sind etwa 1,16 Mio. Wählerinnen und Wähler.

Der Urnengang wird zweifellos spannend, auch wenn grundsätzlich an einem Sieg der seit 1990 regierenden *South West African People's Organisation (SWAPO)* nicht zu zweifeln ist. Bei den letzten Parlamentswahlen 2009 erreichte sie mit 75,3 % der Stimmen und 54 der 72 zur Wahl stehenden Mandate die Dreiviertelmehrheit. Weit abgeschlagen folgte die von ihr abgespaltene *Rally for Democracy and Progress (RDP)* unter Hidipo Hamutenya (75) mit 11,3 % Zustimmung und 8 Mandaten, der Rest entfiel auf Kleinstparteien.

Je nach Wahlbeteiligung nehmen Beobachter an, daß SWAPO zwar an Stimmen verlieren wird, eine Zweidrittelmehrheit jedoch vermutlich halten kann. RDP wird ihre Position als „official opposition“ vielleicht sogar ausbauen können. Bei den Präsidentschaftswahlen steht der Sieg des von der SWAPO nominierten Premierministers Hage Geingob (73) fest. Geingob war seinerzeit bei Gründungspräsident Sam Nujoma (85) in Ungnade gefallen und feierte erst 2008 ein überraschendes politisches Comeback; beim SWAPO-Parteitag 2012 wurde er als Nachfolger Pohambas designiert. Dieser darf laut Verfas-

sung nicht für eine dritte Amtszeit kandidieren.

Von wirklichem Interesse sind daher die möglichen Verschiebungen im Kräfteverhältnis innerhalb der SWAPO. Mit Geingob wird erstmals ein nicht der Mehrheits Sprachgruppe der Ovambo angehöriger Politiker (er ist damara-sprachig) das höchste Amt im Staat bekleiden. Abgesehen von ethnischen Seilschaften, die in Namibia immer noch eine Rolle spielen, ist auch der innerparteiliche Konflikt mit Nujoma zu berücksichtigen. Geingob verdankte seinen Sieg beim Kongreß 2012 nicht zuletzt den jüngeren und unzufriedenen Kreisen in der Partei (INDABA 76/12).

Für die Aufstellung der Kandidatenlisten für die Wahlen – es gibt je eine männliche und eine weibliche Liste, womit garantiert werden soll, daß die Hälfte der SWAPO-Abgeordneten weiblich ist – brachten sowohl Pohamba als auch Geingob ihre Kandidat/inn/en in Stellung. Die geheime Abstimmung beim Wahlkonvent, der Ende August 2014 im Safari-Hotel in Windhoek stattfand, brachte jedoch eine Überraschung: Auf beiden Listen landeten junge, bisher wenig bekannte Politiker/innen auf den ersten Plätzen. Die sorgfältig austarierte Balance zwischen den beiden Fraktionen kam dadurch gehörig ins Wanken.

Ob das Ergebnis der Vorwahlen halten wird – es wurden Klagen wegen „statutenwidrigem Lobbying“ angekündigt –, bleibt abzuwarten. Wenn ja, werden 2015 wohl einige neue Gesichter Regierungsämter übernehmen. Denn während verdiente SWAPO-Granden wie Theo-Ben Gurirab, Ben Amathila oder Pendukeni Ivu-

la-Ithana auf unwählbaren Plätzen landeten, machten bei den Frauen die Windhoeker Bürgermeisterin Agnes Kafula (59) sowie die frühere Jugendvorsitzende Lucia Lipumbu das Rennen (beide bisher nicht im Parlament), bei den Männern der stv. Umweltminister Pohamba Shifeta (46) oder der frühere Gouverneur von Kavango und jetzige Mitarbeiter im Präsidentenamts, Sebastian Karupu.

SWAPOs „old guard“ schätzt sich jetzt vermutlich glücklich, kurz vor dem Konvent noch eine Verfassungsänderung durchgepeitscht zu haben. Durch die *Third Constitutional Amendment Bill* wird die Anzahl der Mandate in der National



Aufregung im Hauptquartier der SWAPO (hier mit ÖNG-Studienreisenden 2013)

Assembly von 72 auf 96 erhöht, im *National Council* (der zweiten Parlamentskammer) von 26 auf 42. Gleichzeitig vergrößert sich die Zahl der vom Präsidenten ernannten Abgeordneten von sechs auf acht, und der/die Staatspräsident/in darf

für sich eine/n Stellvertreter/in ernennen.

Nichtregierungsorganisationen und Oppositionsparteien hatten zuvor heftig gegen die hinter verschlossenen Türen vorbereitete Verfassungsänderung protestiert. Die Vergrößerung des ohnehin aufgeblähten Regierungsappa-

rats lädt dem Staatshaushalt neue Belastungen auf, während gleichzeitig das Budget für höhere Sozialleistungen (wie das vorgeschlagene Grundeinkommen) nicht vorhanden ist.

Beobachter gehen davon aus, daß die Vermehrung der Spitzenpositionen zunächst dazu dienen

sollte, verdienten männlichen SWAPO-Politikern trotz Quotenregelung ein Mandat zu sichern. Nun werden wohl generell die „Alten“ von der neuen Möglichkeit Gebrauch machen, um allfälligen Reformvorstellungen der „Jungen“ in Parlament und Regierung entgegenzutreten zu können.

11 Mio. namibische Dollar) für den Wiederaufbau in Gaza sowie für die Bekämpfung der Ebola-Seuche in Westafrika zur Verfügung. Dies teilte der *Permanent Secretary* im Informationsministerium, Mbeuta Ua-Ndjarakana, am 17. September der Öffentlichkeit mit. Namibia hatte schon 2013 humanitäre Hilfslieferungen für den von Israel isolierten Gazastreifen per Lastwagen nach Ägypten geschickt. Die jetzt beschlossene Summe soll in erster Linie vertriebenen und obdachlosen Palästinensern zugute kommen.

Die Unterstützung für die Bekämpfung von Ebola wurde aufgrund eines Appells der Weltgesundheitsorganisation bewilligt und wird dem *African Public Health Emergency Fund* der WHO zugute kommen. Per Mitte September waren in den betroffenen Staaten – Guinea, Liberia, Sierra Leone, Nigeria und Senegal – 4.985 Erkrankungen an Ebola sowie 2.461 Todesfälle bestätigt.

### Unterdrückung in Swaziland.

Während König Mswati III. (46) seine beim *Reed Dance* 2013 ausgewählte neue Braut Sindiswa Dlamini (19) offenbar inzwischen geheiratet hat – seine 14., anderen zufolge sogar 15. Ehefrau –, werden Proteste im letzten absolutistisch regierten Königreich Afrikas weiterhin drakonisch unterdrückt (INDABA 81/14). Ende August wurde

sogar ein Gebetsabend verboten, weil bei diesem auch Gewerkschafter zu Wort kommen sollten.

Die Versammlung hätte außerhalb der Firma *Tex Ray* im *Matsapha Industrial Centre* stattfinden sollen. In Swaziland sind an die zwanzigtausend Jobs im Textilbereich akut gefährdet, nachdem die USA (die sich neuerdings ja immer leicht tun mit der Verhängung von unilateralen „Sanktionen“, seinerzeit bei Südafrika war das anders) dem Königreich den zollfreien Export gestrichen hat. 1.500 Arbeiter/innen versammelten sich, um Pastor Zandile Hlophe zu hören, der oft in der Gegend der Textilfirmen predigt. Das Gebetsmeeting war von der *Swaziland United Democratic Front (SUDF)* in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften organisiert worden. Als deren Vertreter hätten Vincent Ncongwane und Wonder Mkhonza sprechen sollen.

Einem Bericht der *Times of Swaziland* zufolge, der letzten noch unabhängigen Zeitung des Landes, traten während der Predigt Polizisten auf den Plan und ordneten die Räumung des Geländes binnen zwei Minuten an. Wie sie erklären, betrachteten die Behörden die Versammlung als illegal, weil es sich offensichtlich nicht um eine religiöse, sondern um eine gewerkschaftliche Zusammenkunft handeln würde. Außerdem wären die beteiligten Gewerkschaften nicht offiziell zugelas-

sen – kein Wunder angesichts des Umstands, daß Gewerkschaftsaktivist/inn/en häufig ihre Arbeitsstellen verlieren.

Nach wie vor inhaftiert sind der Präsident des verbotenen *People's*



König Mswati III. von Swaziland

*United Democratic Movement*, Mario Masuku, sowie der Generalsekretär des *Swaziland Youth Congress*, Maxwell Dlamini. In einer Internet-Petition an den König sowie Premierminister Barnabas Sibusiso Dlamini treten europäische Solidaritätsgruppen für ihre bedingungslose Freilassung ein (<http://afrika.dk/article/charged-terrorism-shouting-%E2%80%9Cviva-pudemo%E2%80%9D-0> – auch über die SADOCC-Facebookseite erreichbar).

# Die Schönheit des Landes für jedes Kind

## Interview mit dem südafrikanischen Tourismusminister Derek Hanekom

*Tourismus soll der Transformation Südafrikas und seiner Gesellschaft zugute kommen, soll nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch identitätsstiftender Faktor sein – das hat sich der neue Tourismusminister vorgenommen. Seine Pläne stellt er im Interview mit Walter Sauer vor.*

*Tourismus hat für Südafrika eine große Bedeutung, aber spielt sich eigentlich in sehr traditionellen Bahnen ab – Nationalparks, Tiere, Landschaft. Gäbe es nicht auch andere Destinationen, andere Formen von Tourismus?*

Natürlich. Viele Touristen sagen z. B., sie würden gern mehr wissen über die Geschichte unserer Befreiung. Ich freue mich daher speziell über das interaktive Programm „Madiba Journey“, das SA Tourism vor kurzem vorgestellt hat (<http://mandela.southafrica.net>). Eine Reise in den Fußstapfen Präsident Mandelas, die in Qunu beginnt und einen Besuch in Robben Island



Weltkulturerbe: Maropeng – Kam die Menschheit aus Südafrika?

inkludiert, in einer unserer politisch und emotional bedeutendsten Weltkulturerbe-Stätten.

Wir verfügen in Südafrika über acht Destinationen, die als Welterbe eingestuft sind. Sie sind einzigartig. Sie reflektieren unsere reiche Geschichte, unser Kulturerbe und die spektakuläre Schönheit des Landes. Das „Cradle of Humankind“, der Ort, wo unsere symbolische Nabelschnur begraben liegt, und Robben Island, das Symbol unserer Reise zur Demokratie, sollten beide auf der „to do“-Liste von Menschen aus aller Welt stehen.

Die Landschaft unseres Kulturerbes verändert sich langsam in Richtung auf eine Widerspiegelung unserer afrikanischen Identität und unserer Kämpfe gegen Kolonialismus und Apartheid. Wir sind stolz auf unsere vibrierende Musik- und Tanzszene, auf Kunst und Kunsthandwerk, Film und Fotografie, auf Mode und Design – all das formt und definiert uns als eine Nation. Unsere Museen und Theater, unsere Festivals und Events, die Fülle an Sport und Freizeitaktivitäten sind ein unwiderstehliches Angebot.

Die *National Tourism Sector Strategy*, unsere Visionen und Pläne bis

2020, widmet verstärktes Augenmerk der Entwicklung von Business- und Eventtourismus zur Ergänzung der derzeitigen Angebote im Bereich der Erholung, und Angeboten im kulturellen, historischen und ländlichen Tourismus. Viele unserer Besucher/innen kommen ein zweites Mal nach Südafrika (aus Europa z. B. sind es 58%). Um diese hohe Wiederholungsrate zu behalten, müssen wir unser Angebots- und Produktportfolio ständig verbessern. Und wir müssen sicherstellen, daß wir die Erfahrung unserer Reisenden vertiefen, u. a. durch exzellente Dienstleistungen und kulturelle Authentizität.

*Tourismus spielt für Südafrika eine wichtige wirtschaftliche Rolle, aber es scheint, daß meist Firmen im Eigentum von Weißen oder von internationalen Konzernen davon profitieren. Wie können lokale Gemeinden und ehemals benachteiligte Unternehmen stärker einbezogen werden?*

Laß mich zuerst auf die ökonomische Bedeutung eingehen. Der Beitrag dieses Sektors zum Bruttonationalprodukt und zu Beschäftigung





Unter unseren Attraktionen mit Kultstatus sind zum Beispiel Nationalparks und botanische Gärten, lebendige Kulturviertel und natürlich die Welterbestätten. Es ist unsere Pflicht mehr zu tun, um sicherzustellen, daß dieses unser wundervolles Land mit so viel szenischer Schönheit, einem



Minister Derek Hanekom

überbordenden Tierleben, der reichen Geschichte und der kulturellen Diversität tatsächlich allen gehört und daß sich alle daran erfreuen können. Ein Besuch einiger dieser Schätze muß für jedes Kind in unserem Land ein Recht werden, und die Herausforderung für uns ist, neue Wege zu finden, um Zugänglichkeit und Leistbarkeit zu garantieren.

Im letzten Jahr begaben sich 12 Millionen Südafrikaner/innen auf insgesamt 25 Millionen Reisen. Aber, wenn wir ehrlich sind, da kann viel mehr getan werden. Die Zielsetzung der National Tourism Sector Strategy liegt bei 18 Millionen Inlandtouristen bzw. 54 Millionen Inlandsreisen im Jahr 2020. SA Tourism hat deshalb eine neue Marketingkampagne für das Inland gestartet, die sich an ein breites Spektrum der Bevölkerung richtet. 100 Millionen Rand werden wir im kommenden Finanzjahr für touristisches Marketing im Inland ausgeben.

*Österreich hat eine lange Tradition beim Fremdenverkehr und ist eine bedeutende touristische Destination in Europa. Auf welche Weise könnte Österreich zum Wandel des traditionellen Tourismus in Südafrika beitragen, dazu, Tourismus stärker als bisher der nationalen Entwicklung Südafrikas zugutekommen zu lassen?*

Ich glaube, es könnte mehr geschehen, um Reisende zur Unterstützung von verantwortungsvollem Tourismus zu motivieren. Destinationen und Touristen weltweit haben den Appell zugunsten von verantwortungsvollem Tourismus positiv aufgenommen. Viele Reisende treffen heute ihre Entscheidungen auf Basis von Fair Trade, lokalem Nutzen und nachhaltiger Entwicklung. Aber obwohl die meisten Touristen heute mehr über soziale, ökologische und kulturelle Fragen lernen wollen, beziehen nur wenige diese Aspekte in ihren Entscheidungsprozeß mit ein. Über kurz oder lang hoffe ich, daß es zu mehr verantwortungsvollem

Reiseverhalten kommt. Kluge Beiträge zur Bewußtseinsbildung der Konsument/inn/en sind daher gefordert, und SATourism hat deshalb auch einen speziellen Fokus auf verantwortungsvollen Tourismus gelegt.

*Derek Andre Hanekom, geb. 1953 in Kapstadt, war Minister für Landreform im Kabinett von Nelson Mandela und leitete später die Portfolios für Landwirtschaft bzw. Wissenschaft und Technologie. 2014 wurde er Minister für Tourismus (INDABA 82/14). Erstmals wurde er 1976 während einer Demonstration zur Unterstützung der rebellierenden Schüler/innen von Soweto verhaftet, gemeinsam mit seiner Frau Trish. 1983-86 war er wegen Unterstützung des verbotenen African National Congress inhaftiert und ging danach ins Exil nach Zimbabwe. Das (hier gekürzte) Interview wurde per E-Mail durchgeführt und basiert auf einem persönlichen Vorgespräch in Pretoria. Die Langfassung in Englisch finden Sie auf unserer Homepage, [www.sadocc.at](http://www.sadocc.at).*

## Hanekom kritisiert Visumpolitik

In einem überraschenden und unüblicherweise öffentlichen Statement von Ende Juni kritisiert Derek Hanekom seinen Amtskollegen Malusi Gigaba, den Innenminister. Zuvor hatte dessen Ministerium neue Visumbestimmungen veröffentlicht, die vor allem gegen den anhaltenden Zustrom aus Zimbabwe gerichtet sind. Sowohl die Fremdenverkehrsbranche als auch Wirtschaftskreise befürchten allerdings, daß die verschärften Bestimmungen auch Geschäfts- und Urlaubsreisende von Südafrika abhalten könnten. Auch 20 internationale Fluglinien, darunter British Airways und Air China, haben in einem Offenen Brief protestiert.

*„Alles, was negative Auswirkungen auf unsere Tourismuswirtschaft haben und Arbeitsplätze in diesem Sektor gefährden könnte, ist Gegenstand unserer Besorgnis. Ich möchte daher all unseren Partnern in diesem Bereich versichern, daß sich die Regierung über die Bedeutung des Fremdenverkehrs, der in den letzten Jahren so eindrucksvoll gewachsen ist, im klaren ist“,* so Hanekom.

Nach letzten Meldungen von Mitte August hält der südafrikanische Minister of Home Affairs allerdings an seinem Vorhaben fest - mal sehen, wie es weitergeht.



# Reiseeindrücke

*Immer wieder erreichen uns Rückmeldungen von Reisenden über ihre Erlebnisse im Südlichen Afrika. Hier eine kleine Auswahl.*

**Südafrika: 2011 und 2013:** Bei unserer gewählten Tour ist es Praxis, Begegnungen mit „Land und Leuten“ ins Programm einzubauen, etwa einstündige Diskussionen, so an die 3 - 4 Mal pro Reise. 2011 führte man uns unter anderem auch nach Soweto, ins noble „Villenviertel“. Dort sah es aus wie in Grinzing in der teuren Meile. Das Mittagessen gab es in einem kleinen, sauberen Restaurant. Die tausenden elenden und miesen Blechhütten und kriminellen Plätze blieben komplett ausgespart. Wer politisch ganz unbeleckt war – und das sind viele der deutschsprachigen Touristen –, der hatte den Eindruck, so ein Township sei ein Erholungsort für privilegierte Schwarze.

Ganz anders dann 2013. Nahe den weißen reichen Superstädtchen rund um Stellenbosch besuchten wir ein Township der wahren Art. Und: Der schwarze Ortsführer, der dort seit ewig lebt, hatte gut 90 Minuten Zeit für uns, und er hatte kein gutes Wort, weder für den ANC noch – logo – für dessen Regierung. Kurz gesagt: Er vermißte eigentlich alles, was ihm in den letzten zwei Jahrzehnten vom ANC versprochen worden war.

Nichts sei dort geschehen und sie lebten alle immer noch vergessen in Baracken und elendsten Hütten. Wobei „leben“ nicht das richtige Wort ist. Seine mir erinnerliche Kernaussage war: „Nicht jeder, der in der Revolution ein guter Steinewerfer war, ist auch ein guter Minister.“ Und: Korrupt seien eigentlich alle, die an irgendwelche

Geldquellen kommen – so sein Eindruck. Tja, so kann es eben sein, bei Begegnungen mit „Land und Leuten“, die vorher nicht arrangiert worden sind...

*Karl-Heinz Nachtnebel*

**Botswana.** Ende Mai 2014 verbrachten wir eine Woche im Dreiländereck von Botswana, Namibia und Zambia – gebucht über *Namibia Life Travel*. Eine großartige Erfahrung! Unser erster „Stützpunkt“ war die Muchenje Safari Lodge nahe dem Chobe National Park (Flug Johannesburg nach Kasane, dann per Kleinbus abgeholt), Neben den diversen Touren im und am Nationalpark fanden wir v. a. den Ausflug ins nahegelegene Dorf Mabele interessant, wo wir eine Schule, eine Klinik und den Sitz der lokalen Verwaltung (Kgotla) besuchten. Eine junge Dame informierte u. a. über die dörfliche Verwaltung und Gerichtsbarkeit durch den Chief. Mit unserem Guide Bee gab es interessante Diskussionen über das Artenschutzabkommen CITES, das für Botswana eher negative Konsequenzen hat – dort gibt es nämlich zu viele Elefanten, und die bäuerliche Bevölkerung leidet unter ihnen sehr. Die zweite Hälfte des Kurzurlaubs verbrachten wir auf der namibischen Seite des Chobe-Flusses, in der Ichingo Chobe River Lodge, auf der Impalila-Insel. Die Touren finden hier vorwiegend per Boot statt. Beide Lodges waren vom Standard her exzellent – freundliches und kompe-

tes Personal, nette Unterkünfte, gute Verpflegung, alle Transfers klappten pünktlich und reibungslos.

*Franz Römerstorfer*

**Namibia-Fan.** „Ich und Namibia“: Ich gebe natürlich zu, daß ich ein totaler Namibia-Fan bin. Nach jeder meiner Reisen ist die Begeisterung gestiegen. Aber: ich habe auch viele andere Reisen gemacht: Viele Länder in Afrika, unter anderem quer durch die Sahara, Kilimanjaro.... Auch fuhr ich per PKW von Wien quer durch Asien (inkl. Afghanistan, Persien etc.) bis zum Tadj Mahal in Indien.... Wenn man Natur sehen will, ist Namibia in Afrika unschlagbar! Es gibt so ziemlich alles, was es an Steppen-Tieren gibt, Löwen und alle anderen Raubtiere, viele Arten an Gazellen, natürlich Elefanten, Büffel, Zebras, Krokodile, Affen, Sträube.... Und es gibt Robben, Seelöwen, Wale, Pinguine (per Boot und zu Fuß besichtigbar). Dazu trägt der eiskalte Benguela-Strom aus dem Südpolgebiet bei. Und ganz wichtig ist: Namibia ist ein ruhiges, sicheres Land! Es besitzt eine sehr gute Infrastruktur in allen Bereichen, vom erstklassigen Straßennetz bis zur medizinischen Versorgung, ausreichend Hotels und Lodges, Restaurants im ganzen Lande und wenn Sie durstig sein sollten, finden Sie fast überall das „Windhoek Lager“ (gebraut nach deutschem Reinheitsgebot). Deutsch wird auch noch sehr viel gesprochen!

*Wilfried Wollmann*



# Von der Apartheid-Bombe zur nuklearen Abrüstung



Von Adalbert Krims

Heuer gibt es drei runde Jahrestage in der (süd-)afrikanischen „Nukleargeschichte“: 1964 bekannte sich die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zum Ziel eines atomwaffenfreien Kontinents; 1974 beschloß das südafrikanische Apartheidregime den Bau von Atombomben, und 1994 verkündete die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) den erfolgreichen Abschluß ihrer Überprüfung der Vernichtung des südafrikanischen Atomwaffenarsenals. Südafrika war das einzige afrikanische Land, das tatsächlich Atomwaffen besaß – und es ist das einzige Land der Welt, das seine Atombewaffnung selbst und international kontrolliert abgerüstet hat.

Übrigens gab erst der letzte Apartheid-Präsident Frederick W. de Klerk ein Jahr vor dem Ende der Apartheid offiziell und öffentlich zu, daß das Regime seit 1974 insgesamt sechs Atombomben hergestellt und ab 1991 mit Unterstützung der USA vernichtet hatte. 1991 trat Südafrika auch dem Atomwaffensperrvertrag bei und unterwarf sich der Kontrolle durch die IAEA. Ob bei de Klerk auch die Überlegung mitspielte, daß er bei dem damals schon absehbaren Ende der Apartheid-Herrschaft verhindern wollte, daß die Atomwaffen in die Hände einer „schwarzen“ Regierung fallen, läßt sich nicht beweisen. Jedenfalls hat das demokratische Südafrika von Anfang an auf kontinentaler und globaler Ebene eine aktive Rolle in der Politik der atomaren Abrüstung gespielt (siehe auch den Beitrag von Abdul Minty in diesem Heft).

Südafrika hatte bereits 1957 im Rahmen des US-Programms „Atoms For Peace“ ein Abkommen mit Washington über die nukleartechnische Zusammenarbeit geschlossen. Bis in die 1970er Jahre unterstützten nicht nur die USA, sondern auch andere westliche Länder (vor allem Frankreich) den Aufbau der zivilen Atomenergie in Südafrika. Erst als sich Südafrika zum Bau der Atombombe entschloß und die internationale Sanktionsbewegung erstarkte, zogen sich die westlichen Länder offiziell von der nuklearen Zusammenarbeit mit dem Apartheidstaat zurück, wobei aber mehrere

Konzerne weiterhin „im Geschäft“ blieben. Der damalige Verteidigungsminister und spätere Präsident Pieter W. Botha begründete 1974 die geplante Atombewaffnung mit der zunehmenden „sowjetischen Gefahr“ in der Nachbarschaft, womit er den Aufstieg der Befreiungsbewegungen MPLA (Angola) und FRELIMO (Moçambique) meinte, aber auch von ANC und SWAPO, die ihre Hauptquartiere in den sog. „Frontstaaten“ hatten.

1975 fand Südafrika einen neuen Partner für sein Atomwaffenprogramm: Israel, das in den 1950er und 1960er Jahren Kontakte zu den neuen unabhängigen Staaten Afrikas suchte, mußte nach dem Yom Kippur-Krieg von 1973 seine Afrikapolitik total ändern, weil die meisten afrikanischen Länder auf Seiten der Araber standen und ihre Beziehungen zu Israel abbrachen oder zumindest verringerten. In dieser Zeit wurde die Zusammenarbeit mit Südafrika ausgebaut, was auch durch einen Staatsbesuch von John B. Vorster in Israel 1976 bekräftigt wurde. Israel arbeitete damals selbst an der Entwicklung einer Atombombe, weshalb Frankreich kein Uran mehr lieferte. Südafrika hatte Uran, Israel die notwendige Technologie. Und sowohl Südafrika als auch Israel weigerten sich, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten und ihre Atomanlagen von der IAEA kontrollieren zu lassen (Israel tut das bis heute). Auf dieser Grundlage kooperierten die beiden Staaten in den folgenden Jahren beim Aufbau ihrer jeweiligen Atombewaffnung – und führten offenbar im September 1979 auch einen gemeinsamen Atombombentest im Südatlantik durch.

Südafrika feiert heuer 20 Jahre Demokratie und nukleare Abrüstung. Und das neue Südafrika hat nicht nur bezüglich Rassismus, sondern auch bezüglich Atomwaffen eine klare Konsequenz aus seiner Geschichte gezogen: es gehört heute auf internationaler Ebene zu den entschiedensten Kämpfern für eine atomwaffenfreie Welt!

*Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.*

# KUNZWANA #1:

## „Die Gegensätze in den Mittelpunkt rücken...“

*So betitelte „Der Standard“ seine Beilage über das diesjährige Festival „Glatt & Verkehrt“ in Krems und bezog sich dabei auf die Essenz des Projekts KUNZWANA #1 der Linzer ARGE Zimbabwe Freundschaft, mit dem das Festival am 23. Juli sein Hauptprogramm eröffnete. Für das transkulturelle Ensemble mit Musiker/inne/n aus Zimbabwe, Frankreich und Österreich war es gleichzeitig Höhepunkt und Finale einer begeistert akklamierten Österreich-Tournee. Für die ARGE Zimbabwe Freundschaft ist es die konsequente Fortsetzung eines jahrelangen Kulturaustauschs, der nicht nur zwischen unterschiedlichen Kulturen und Genres vermitteln will, sondern in kooperativer Anstrengung künstlerisches Neuland betritt. Peter Kuthan berichtet.*

**M**itnichten kulinarisch gibt sich hingegen das Projekt Kunzwana #1. Musik aus Afrika, die stets funktional in den Alltag eingebettet war, die die Situation der konzertanten Aufführung nur durch westlichen Einfluß kennt und in der selbstreferentielles Fortschrittsdenken noch heute weitestgehend unbekannt ist, diese Musik mit avancierter Klangabstraktion aus Europa zu konfrontieren, ist ein Wagnis der besonderen Art“, so Andreas Felber im Standard.

KUNZWANA#1 setzt nicht auf den gefälligen Gleichklang und das beliebige Einerlei der Weltmusik, sondern stellt die

„KUNZWANA kommt vom Shona-Wort *nzw(an)a* und bedeutet einander zuhören, einander verstehen“ (Keith Goddard). Die Nichtregierungsorganisationen *Kunzwana Trust* in Harare und *ARGE Zimbabwe Freundschaft/ARGEZIM* in Linz haben in Zusammenarbeit mit Künstler/inne/n und Partnern in Nord und Süd über zwei Jahrzehnte hinweg einen regen Kulturaustausch zwischen den beiden Ländern entwickelt. Der 2009 verstorbene zimbabwe'sche Komponist und Menschenrechtsaktivist Keith Goddard (INDABA 64/09) spielte dabei eine Schlüsselrolle. In seinem Sinne wurde auch das jüngste Projekt, die Bildung eines transkulturellen Ensembles, KUNZWANA # 1 genannt. Das Wesentliche ist dabei das stets wache Zu- und Aufeinanderhören, das den musikalischen Dialog in solcher Intensität erst ermöglicht.

Gegensätze in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung, um einen tragfähigen gemeinsamen Nenner als Basis des wechselseitigen Verstehens und Zusammenspiels zu finden. Differenz, Reibung und Risiko charakterisieren denn auch die Musik des Ensembles mit vier Musiker/inne/n aus Zimbabwe – Hope Masike, Josh Meck, Blessing Chimanga, Othnell Moyo – und Franz Hautzinger, Werner Puntigam und Isabelle Duthoit aus Österreich bzw. Frankreich.

**V**on der Zimbabwe-Tournee des Duos *Attwenger* 1993 über die Expedition des 30köpfigen Ngoma Buntibe-Ensembles *Simonga* durch das Tote Gebirge im Festival der Regionen 1997 bis zur neuerlichen Beteiligung der Tonga-Musiker/inne/n an der *Parade* im Rahmen von Linz09 spannte sich in den vergangenen Jahren der Bogen des Kulturaustauschs, der neben Musik auch die Bereiche Literatur, Film, Fotografie und Medienkunst umfaßt. Die künstlerische Begegnung soll gegenseitigen Respekt, kreativen Austausch und kritische Selbstreflexion fördern. Ihre Präsentation in der Öffentlichkeit soll Engstirnigkeit und Chauvinismus entgegenwirken und für Solidarität werben. Diese Ziele sind heute angesichts zunehmender Fremdenfeindlichkeit und eurozentristischer Borniertheit, trotz wachsender bürokratischer Hürden (von der Visaerteilung bis zur Förderungsabrechnung) relevanter denn je.

„Die Tragödie ist, daß sich die Kommunikation ausweitete, aber der Dialog schrumpft.“ So charakterisierte der kenyanische Wissenschaftler Ali Mazrui in seiner BBC-



Im Zusammenspiel mit den Musiker/innen von Simonga im Tonga-Dorf Siachilaba (mit Isabelle Duthoit im Vordergrund)

Fernsehserie „Die Afrikaner“ eines der wohl am meisten unterschätzten Hindernisse für die Verständigung zwischen Nord und Süd.

Ende April dieses Jahres startete die musikalische Begegnungs- und Erkundungsreise nicht von ungefähr mit einem Besuch bei der Musikgruppe Simonga im Tongadorf Siachilaba, bevor man sich zum musikalischen Austausch in Harare traf. Es wurde ein spannender Prozeß der Annäherung und Verständigung, dessen Ergebnisse Anfang Mai beim *Harare International Festival of the Arts/HIFA* in Harare und in Johannesburg (Südafrika) präsentiert wurden.

Ganz bewußt vermieden die vier Virtuosen der jüngeren Musikergeneration Afrikas und die drei Protagonisten der europäischen freien Improvisationsszene ein herkömmliches Aneinanderreihen und Abspielen von mehr oder weniger durcharrangierte Musikstücken. Vielmehr suchten sie den künstlerischen Thrill und die musikalische Herausforderung in Form eines frei improvisierten musikalischen Bogens mit extremer dynamischer Bandbreite und überraschenden Wendungen.

Mit dem musikalischen Austausch wurde das künstlerische Projekt *Tales of Resilience* des Linzer Kulturvereins *Time's Up* verbunden. Deren Sammlung und Installation von „widerstandskräftigen Geschichten“ erzählt im Sinne von „storytelling/story building“ vom Überlebensalltag in länd-



Kunzwana #1 beim Konzert im Freskensaal des Stifts Viktring im Rahmen des Musikforums Viktring/Klagenfurt am 8. Juli

lichen und urbanen Konfliktzonen Zimbabwes. An diesem Projekt war in Form eines Fotoworkshops auch eine Frauengruppe aus Siachilaba wesentlich beteiligt. Das Ergebnis der Kooperation mit zimbabwe'schen Fotokünstler/inne/n wurde dann in Form einer viel beachteten Fotoausstellung und eines Radio-Interface in der *National Gallery of Zimbabwe* ausgestellt und begleitete streckenweise auch die Österreich-Tournee von *KUNZWANA #1* – bei *Time's Up* im Linzer Hafen und beim *Musikforum Viktring* in Klagenfurt. Als Referenz zu den legendären *Six Reflections auf die Tonkunst der Tonga* 1997 wurde in der National Gallery auch die Fotoinstallation *Siachilaba backstage* von Sabine Bitter und Helmut Weber gezeigt. Weiters war Werner Puntigam neben seiner musikalischen Mitwirkung auch als visueller Künstler aktiv und dokumentierte die Reise/Projekt/Begegnungen in Form seiner *inter.views* fotografisch. Im Herbst soll eine Doku DVD von *KUNZWANA #1* erscheinen.

Das Projekt *KUNZWANA #1* hat sich nicht von ungefähr gleich zu Beginn auf die Tonkunst der Tonga und ihren Überlebenskampf als Minderheit sowie auf die Widerstandskultur in den urbanen Zentren von Zimbabwe bezogen. Damit wurde ein Zeichen gesetzt gegen die Marginalisierung von ethnischen Minderheiten, aber auch gegen die repressiven Rahmenbedingungen und die eingeschränkte Meinungs- und Medienfreiheit im Lande. Demgegenüber versuchen die aktuellen IT- und Radioprojekte wie *Tonga.Online* und





# Die Schlacht von Sphinxhafen

## Der Erste Weltkrieg in Südostafrika

*Daß der Erste Weltkrieg auch Afrika in seinen Bann schlug, ist nur wenigen bewußt. Die Konfrontation zwischen Deutschland und Großbritannien auf dem Tanganyikasee wurde durch den Film „African Queen“ immerhin zum Thema (INDABA 69/11), daß es aber auch auf dem Malawisee zu Kriegshandlungen kam, ist kaum bekannt. Bernhard Bouzek hat recherchiert.*

**W**ährend in Europa anlässlich des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren zahlreiche Gedenkveranstaltungen und Ausstellungen stattfinden sowie Filme und Buchpublikationen auf breites Interesse stoßen, ist die öffentliche Wahrnehmung für dieses Thema in Südostafrika äußerst gering. Dies ist erstaunlich, denn am 13. August 1914 fand jene Kampfhandlung, die nach einer damaligen Zeitungsmeldung als „erste Seeschlacht“ des Ersten Weltkrieges in die Geschichte eingehen sollte, ausgerechnet auf dem Malawisee statt. Es handelt sich um die Schlacht von Sphinxhafen, eines der kuriosesten Ereignisse des Ersten Weltkrieges.

Nach der am 4. August 1914 erfolgten Kriegserklärung Großbritanniens an das Deutsche Reich wurden auch für die an den Nyassasee (heute: Malawisee) angrenzenden Kolonialgebiete Kampfhandlungen vorbereitet. Dies widersprach eigentlich den Akten der Kongokonferenz von 1885, in denen die Neutralität der überseeischen Besitzungen im Fall eines Krieges zwischen europäischen Staaten vereinbart worden war. Noch am 2. August 1914 hatten sowohl der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Heinrich Schnee, als auch der Gouverneur von Britisch-Ostafrika, Sir Henry Conway, versichert, daß die Kolonien kein Interesse an einer Kriegsbeteiligung hätten.

**Z**um britischen Protektorat Nyassaland zählte das südliche und das westliche Ufergebiet des 28.500 km<sup>2</sup> großen Malawisees, während der nordöstliche Uferbereich zu Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tanzania, gehörte. Der südöstliche Uferabschnitt war Teil von Portugiesisch-Ostafrika, dem heutigen Moçambique. Wenige Tage nach Kriegsbeginn erhielt der in Nyassaland (dem heutigen Malawi) stationierte britische Kapitän Rhoades den Auftrag, den ebenfalls im Malawisee befindlichen deutschen Dam-

pfer „Hermann von Wissmann“ unter dem Kommando von Kapitän Berndt zu zerstören.

Die „Hermann von Wissmann“ war kein Kriegsschiff im herkömmlichen Sinn, sondern ein bewaffneter deutscher Regierungsdampfer, der seit 1893 auf dem Nyassasee für die Kolonialregierung Deutsch-Ostafrikas – anfänglich für die Bekämpfung des Sklavenhandels – auf dem See eingesetzt worden war. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die Verbindung der am östlichen Seeufer befindlichen Küstenorte und Stationen zu wahren. Rhoades machte sich mit seinem Dampfer, der „Gwendolyn“, auf den Weg zu einem Reparaturdock, in dem sich der deutsche Dampfer zu dieser Zeit befand. Am frühen Abend des 13. August 1914 wurden mehrere Granaten auf das deutsche Schiff abgefeuert, die zunächst aufgrund der unsachgemäß gelagerten Munition nicht explodierten oder ihr Ziel verfehlten. Nach einigen Fehlschüssen wurde das Schiff schließlich getroffen und das Heck beschädigt. Der Schütze war übrigens ein schottischer Kaufmann, der einzige Kanonier des Dampfers.

Kurz nach dem Abfeuern der Schüsse steuerte ein kleines Boot auf die „Gwendolyn“ zu. Darin befand sich der noch nicht über den Kriegsausbruch informierte Kapitän Berndt, der Kommandant der „Hermann von Wissmann“.



Berndt ging an Bord der „Gwendolyn“ und bezichtigte Rhoades, mit dem er befreundet war, betrunken zu sein. Rhoades informierte ihn im Gegenzug über den Kriegsausbruch und erklärte Berndt zum Kriegsgefangenen. Die Kanone und Teile des Motors des deutschen Schiffes wurden demontiert.

Dieser britische Sieg sorgte am 16. August 1914 in der Times für die Schlagzeile „*Naval victory on Lake Nyasa*“. Im Deutschen trägt dieses Ereignis, bei dem niemand zu Schaden gekommen war, die Bezeichnung „Schlacht von Sphinxhafen“, da der Ort am Malawisee, in dessen Nähe die Auseinandersetzung stattfand, diesen Namen trug (heute Liuli in Tanzania). Die „Schlacht“ am Malawisee wird bis heute in vielen Publikationen auch unter dem Titel „*Britanniens erste Schüsse im Großen Krieg*“ genannt. Dies ist insofern nicht haltbar, als schon am 5. August 1914 britische Truppen aus Uganda einen deutschen Außenposten am Victoria-See attackiert hatten bzw. am 8. August 1914 ein Bombardement von Dar es Salaam durch die Schiffe der Royal Navy erfolgt war.

Nachdem die Briten die Kontrolle über den Malawisee für sich gesichert hatten, konnten sie nun weitere strategische Operationen durchführen. Aus Fort Johnson, dem heutigen Mangochi, an der Südspitze des Malawisees gelegen, konnte die gesamte *Nyasaland Fieldforce* per Schiff in den Norden nach Karonga transportiert werden; sie bestand aus zwei Kompanien des *1. King's African Rifles Regiment*, also afrikanischen Soldaten unter dem Kommando britischer Offiziere, und ca. 100 Siedlern, die in der Nyasaland Volunteer Reserve organisiert waren. Dort, nahe der Landgrenze zu Deutsch-Ostafrika, erwarteten die Briten einen Angriff der sich in Neu-Langenburg (heute Tukuyu) sammelnden deutschen Truppen. Die Schlacht von Karonga am 8. und 9. September 1914 erwies sich wie die vorangegangene Seeschlacht als absurd, doch diesmal gab es Dutzende Tote. Die aufeinander zumarschierenden gegnerischen Truppen verfehlten einander im unwegsamen Gebiet des Nkonde-Plateaus um nur eine Meile und standen schließlich auf der falschen Seite des Schlachtfeldes. Ohne es zu wissen, befanden sich am 9. September die britischen Truppen plötzlich im Rücken des Gegners. Die Deutschen flohen in einen von den Briten vorher nicht geplanten Hinterhalt und erlitten schwere Verluste. Auf ihrer Seite fielen 19 der 22 Offiziere und eine weit höhere Anzahl an afrikanischen Rekruten.

Die Kampfhandlungen verlagerten sich in den folgenden Monaten auf das Territorium von Deutsch-Ostafrika, sodaß

Nyassaland von weiteren blutigen Auseinandersetzungen verschont blieb. Doch die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf Nyassaland waren trotzdem tiefgreifend.

Unter der afrikanischen Bevölkerung Nyassalands erhielt der Erste Weltkrieg sehr rasch die Bezeichnung „Chiwaya War“. Das aus der Sprache Chichewa stammende Wort wurde ursprünglich für die Tonscherbe, auf der Mais geröstet wird, verwendet. Die Afrikaner benutzten dieses Wort zunächst auch für das metallene Feldgeschirr der Soldaten. Da das Geräusch beim Rösten von Mais in einem Metallgeschirr ähnlich dem Rattern eines Maschinengewehrs klingt, prägte sich diese Bezeichnung ein. Rund 19.000 Afrikaner aus Nyassaland dienten im Krieg als Soldaten (Askaris), weitere 200.000 wurden als Träger (Tenga-tenga) zwangsrekrutiert. Die Strapazen und der Tod von tausenden Afrikanern in einem europäischen Krieg bzw. die Weigerung der Regierung, sich um die Versorgung der Kriegshinterbliebenen zu kümmern, ließen nicht nur eine Ablehnung des Krieges und gegenüber der britischen Kolonialverwaltung entstehen, sondern führten zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl, das die Anfänge eines ersten Nationalbewußtseins in sich trug.

In dieser Situation trat ein baptistischer Geistlicher auf den Plan. John Chilembwe hatte in den USA Theologie studiert und nach seiner Rückkehr Kirchen und Schulen im Rahmen der von ihm geleiteten *Providence Industrial Mission* gegründet. Sein ehrgeiziges Ziel galt der Bildung der afrikanischen Bevölkerung. Das stieß wiederum auf den Widerstand der europäischen Plantagenbesitzer, die keine gebildeten Arbeitskräfte wünschten, die möglicherweise nach Gleichberechtigung streben würden. Mehrmals wurden Kirchen, die in den Augen der Europäer Orte des Aufruhrs waren, niedergebrannt. Um sich seinen Unmut von der Seele zu schreiben, schickte



John Chilembwe mit Familie

John Chilembwe wütende Briefe an die Verwaltung des Protektorats und an Zeitungen. In einem Artikel an die *Nyasaland Times* schrieb er: „*Let the rich man, bankers, storekeepers, farmers and landlords go to war and get*

shot. Instead the poor Africans who have nothing to own in this present world, who in death leave only a long line of widows and orphans in utter want and dire distress, are invited to die for a cause which is not theirs...“

Die Kolonialbehörden waren auf der Hut und luden John Chilembwe zu einem Gespräch in die Stadt Zomba. Chilembwe befürchtete seine Verhaftung und begann daher mit 200 Anhängern am 23. Jänner 1915 einen schlecht vorbereiteten Aufstand. Die ersten Überfälle richteten sich gegen Plantagen mit dem Ziel, Waffen und Munition zu erbeuten. Fünf Männer, darunter ein für seine Brutalität gefürchteter britischer Farmer, wurden getötet. Doch eine allgemeine Volkserhebung blieb aus. Mangelnde Kommunikationsmöglichkeiten mit Sympathisanten in anderen Landesteilen und sofortige Gegenmaßnahmen der Regierung ließen den Aufstand schon am 26. Jänner 1915 in sich zusammenbrechen. Chilembwe wurde von einer Polizeipatrouille auf der Flucht nach Portugiesisch-Ostafrika am 3. Februar 1915 erschossen. Weitere 40 Rebellen wurden hingerichtet und 300 kamen in Haft. Obwohl der Aufstand selbst gescheitert war, bildete er doch einen Wendepunkt in der Geschichte des Landes. Einerseits brachten Reformen der Kolonialverwaltung eine Verbesserung der sozialen Situation, andererseits war ein Wille zur Selbstbestimmung entstanden, der schließlich im Jahr 1964 in der Unabhängigkeit der Republik Malawi mündete. Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und



Szene bei Sphinxhafen

speziell die Person John Chilembwe sind bis heute wichtige Bestandteile des kollektiven Bewußtseins. So trägt die 500 Kwacha-Banknote das Portrait Chilembwes, und der 15. Jänner gilt als Feiertag seinem Andenken.

## Ehre den Kriegstoten Südafrikas

Hunderttausende Kolonialsoldaten waren im Ersten Weltkrieg auch in Europa im Einsatz, vor allem in den britischen und französischen Armeen. Die meisten von ihnen blieben nach dem Sieg unbedankt und wurden vergessen.

Südafrikas stellvertretender Staatspräsident Cyril Ramaphosa nutzte seinen Arbeitsbesuch in Frankreich am 5. und 6. Juli 2014 dazu, diese historische Ungerechtigkeit zumindest symbolisch zu korrigieren: Gemeinsam mit einer hochrangigen Regierungsdelegation und in Begleitung seiner Frau Tshepo Motsepe nahm er an der Neubestattung der sterblichen Überreste eines südafrikanischen Soldaten auf einem Militärfriedhof teil.

Private Myengwa Belezwa war einer der ersten Angehörigen des britischen *African Native Labour Corps* gewesen, die bei Kriegshandlungen in Frankreich starben. Die Schlacht von Bois d'Elville (Delville Wood) östlich von Longueval war eine der blutigsten Kämpfe im Rahmen der Somme-Offensive, bei der britische und französische Truppen zwischen 1. Juli und 18. November 1916 die Armee des wilhelminischen Kaiserreiches zurückzudrängen vermochten.

Insgesamt nahmen ca. 230.000 südafrikanische Soldaten am Ersten Weltkrieg teil, etwa 10.000 von ihnen verloren dabei ihr Leben.

Während die gefallenen weißen südafrikanischen Soldaten auf einem Militärfriedhof beim *Delville Wood South African National Memorial* begraben wurden, wurden die schwarzen auf zivile Begräbnisplätze verbannt oder überhaupt nur in der Erde verscharrt. Myengwa Belezwa landete auf einem Friedhof in Seine-Maritime bei Le Havre.

Die Umbettungszeremonie, die von der südafrikanischen Botschaft in Paris organisiert wurde, sollte dazu dienen, den Beitrag der schwarzen südafrikanischen Kolonialtruppen zur Wiederherstellung des Friedens in Europa und weltweit zu würdigen.

Ramaphosa hob bei der Zeremonie auch die Rolle aller anderen südafrikanischen Soldaten hervor, die im Ersten Weltkrieg ihr Leben verloren. Im Rahmen einer weiteren Zeremonie legte er im Namen der Regierung in Pretoria auch einen Kranz am Monument für die französischen Gefallenen nieder.

# ... bücher...

Heinz Duchardt, **Herausforderung Südwest? Die deutschen Kulturwissenschaften und das „Schutzgebiet“ Deutsch-Südwestafrika** (Mainz-Stuttgart, Akademie der Wissenschaften und der Literatur u. Franz Steiner Verlag, 2013). 74 Seiten.

An dem schmalen Band, erschienen im Rahmen der Abhandlungen der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse der Mainzer Akademie, überrascht vor allem der Autor: Heinz Duchardt ist renommierter Spezialist für die Geschichte der Frühen Neuzeit und hat sich in seinen Publikationen mit den internationalen Beziehungen in der Vormoderne, der



*Sprachforschung war eine deutsche Spezialität*

Verfassungs- und Sozialgeschichte des Alten Reiches und mit europabezogener Grundlagenforschung befaßt; seit seiner Emeritierung ist er Präsident der regierungsnahen Max Weber-Stiftung. Sein „Ausflug“ in die Afrikaforschung wurde, wie er selbst im Vorwort ausführte, 2012 durch eine Studienreise nach Namibia ausgelöst.

„Herausforderung Südwest?“ befaßt sich mit dem Stellenwert, den die damalige deutsche Kolonie im Südwesten Afrikas für die sog. Kulturwissenschaften im Wilhelminischen Kaiserreich einnahm, und ist somit in erster Linie wissenschaftsgeschichtlich orientiert. Duchardt stützt sich dabei auf die Akten des Reichskolonialamtes bzw. der Deutschen Kolonialgesellschaft im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (früher im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam), die er mit Hinweisen auf zeitgenössische Forschungsliteratur, Kolonialpublizistik und wissenschaftliche Kongresse ergänzt.

Die daraus gewonnenen Erkenntnisse fallen ernüchternd aus: „*In den wenigen Jahren ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Reich avancierte die Kolonie [Namibia] nie zu zu einem bevorzugten Forschungsgegenstand der Kulturwissenschaften.*“ (S. 61). Duchardt führt dies im einzelnen aus für die Geschichtswissenschaft, „weil die Beschäftigung mit einem schriftlosen Kontinent weder in das Selbstverständnis des Fachs noch in das Weltbild jener Zeit passte“ (S. 28) sowie für die Ethnologie, in der Namibia – mit Ausnahme einer nicht zustande gekommenen Expedition von Leo Frobenius, deren Forschungsplan Duchardt im Anhang dokumentiert (S. 64 ff.) – auch wenig Beachtung fand. Mehr oder weniger professionelle österreichische Ethnologen stießen in diese Lücke vor, etwa Franz Seiner oder Rudolf Pöch, auf die Duchardt hinweist.

Weitere Abschnitte beschäftigen sich mit der sog. „Kolonialpolitik“ – ein mißverständlicher Begriff für die Verankerung kolonialer Themen im deutschen Forschungs- und Bildungswesen; hier wurde Namibia laut Duchardt ebenfalls nicht prominent be-

handelt, zumindest was die Forschung betrifft; eher standen praxisbezogene Themen im Vordergrund (wirtschaftliche Nutzung der Kolonie usw.). Einzig für die Sprachwissenschaft kommt der Autor zu einem positiven Ergebnis („*ungewöhnlich hoher Stand der deutschen Afrika-Linguistik am Vorabend des Ersten Weltkriegs*“, S. 63), was er auf die Tätigkeit deutscher Missionare und vereinzelte säkulare Forscher wie Siegfried Passarge zurückführt.

Heinz Duchardts Studie besticht einerseits durch die sorgfältige Auswertung der Akten und die breite Kenntnis der zeitgenössischen wissenschaftlichen Literatur, ist andererseits aber von einer ziemlich antiquarischen Zugangsweise, von einer Ausblendung aktueller Diskurse geprägt. Hier machen sich wohl die Stellung des Autors in einer hohen forschungspolitischen Position und seine Einbindung in den Mainstream der deutschen Geschichtswissenschaft bemerkbar.

Terminologisch findet dies seinen Ausdruck in der (v. a. im Abschnitt über die Ethnologie) unreflektierten Verwendung zeitgenössischer Terminologien wie „Buschmänner“, „Häuptlinge“ oder „Stämme“ (im Geschichte-Kapitel immerhin durch „Ethnien“ ersetzt). Ganz ohne Distanzierung spricht Duchardt mehrmals sogar von „Rassen“ (z. B. vom „Hererostamm ... und seine[r] rassische[n] Zuordnung“ – S. 32, offenbar ein unkritisch aus einem Aufsatz von 1912 übernommener Begriff). An mehreren Stellen kommt zwangsläufig der deutsche Völkermord von 1904 zur Sprache, wird aber als „Spannungen zwischen den Ethnien und deren Konflikte mit der Kolonialverwaltung“ (S. 26) oder „ethnische Auseinandersetzungen vor Ort“ (S. 52) verharmlost.

Generell nimmt Duchardt das Fak-

tum des deutschen Kolonialismus als gegeben hin. Weder thematisiert er das fast vollständige Fehlen antikolonialer Diskurse in Vorkriegsdeutschland noch den nahtlosen Übergang der deutschen Kolonialforschung in den Kolonialrevisionismus der Weimarer Republik (Forderung nach Rückgabe der Kolonien) bzw. in die NS-Rassenideologie; diesbezügliche Hinweise auf Seite 14 oder 26 bleiben vereinzelt. Selbst die von Duchardt eigens angesprochene Geschichte der Kolonialschule in Witzenhausen, einer für die kolonialen Ambitionen Hitlerdeutschlands wesentlichen Institution, die heute als *Deutsches Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft* weiterlebt, wird nicht problematisiert.

So verwundert es auch nicht, daß Verbindungen zwischen Kolonialforschung und Antisemitismus bzw. Nationalsozialismus allenfalls als biographische Details erwähnt (bei Passarge: S. 54), nicht aber in ihrer systematischen Verbindung zueinander untersucht werden. Auch der Stellenwert Deutsch-Südwestafrikas für die Entwicklung der deutschen (und österreichischen) Anthropologie und ihrer rassistischen Konzeptionen sowie der Eugenik (Eugen Fischer) bleibt ausgeblendet. Vielleicht sieht Duchardt diese Disziplinen auch nicht als Teil der Kulturwissenschaften an.

Auch die Frage einer völkerrechtlichen Verantwortlichkeit der Kolonialmächte für die Verbrechen des Kolonialismus und speziell der BRD für den Völkermord würde vom Autor wohl nicht als „wissenschaftlich“ eingeschätzt werden. Im Gegenteil: Des öfteren spielt er auf den angeblich „mitfühlenden“ Charakter des deutschen Kolonialismus an, etwa wenn er Passarge *„etliche Sympathie für diese immer mehr in die Defensive*

*gedrängte Ethnie [dersog. Buschmänner, Anm. d. A.]“* zuerkennt (S. 54). Reflexion über die vorwiegend „rasenkundlich“ motivierte Fasziniertheit der deutschen Forschung von den San, die sich als Kontinuität vom Kaiserreich in den Nationalsozialismus (inkl. das „Haus der Natur“ in Salzburg) hineinzog und letztendlich in deren Rekrutierung durch die südafrikanische Besatzungsarmee in Namibia gipfelte, sucht man ebenfalls vergeblich.

Als „Innensicht“ der thematischen Ansätze und Institutionen der deutschen Kolonialforschung am Vorabend des Ersten Weltkriegs ist Duchardts materialreiche und wissenschaftsimmanent auch nicht unkritische Untersuchung zweifellos nützlich. Eine modernen Forschungsansätzen gerecht werdende Einschätzung kolonialer Mentalitäten und Weltbilder dieser Zeit (als die sie der Autor im Vorwort sieht) bleibt freilich weiterhin ein Desiderat.

Walter Sauer

Margit Niederhuber, Albie Sachs, **Mein/My Johannesburg** (Wien, Mandelbaum Verlag, 2014). 192 Seiten.

Die Autorin Margit Niederhuber legt nach ähnlichen Publikationen über Nairobi und Maputo mit „Mein/My Johannesburg“ erneut ein durchgängig zweisprachiges Buch (Deutsch/Englisch) über eine dynamische und zugleich widersprüchliche afrikanische Metropole vor. Das Faszinierende dabei: Es ist nicht der Blick einer Besucherin von außen, sondern Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, die Johannesburg ihr Zuhause nennen, geben einen Einblick in ihre Lebenswelten.

So beschreibt der Anti-Apartheid-Aktivist und ehemalige Richter am Verfassungsgericht in Südafrika, Albie Sachs, seinen ehemaligen Ar-

beitsplatz, das neu errichtete Justizgebäude *Constitution Hill*. Das Gebäude befindet sich heute an Stelle des vormals berüchtigten „Gefängnisses Nummer Vier“. Es stellt durch seine Architektur und Formensprache – so wurden beispielsweise zur Verkleidung des Gerichtssaales recycelte Ziegel aus dem abgebrochenen Gefängnis verwendet – ein Symbol des Neuen Südafrika dar. Auch ein Taxifahrer und ein Filmregisseur führen zu ihren Lieblingsplätzen und formulieren ihre Zukunftswünsche für eine Stadt der Vielfalt, in der die Menschen in Sicherheit, respektvoll und unter Wahrung möglichst vieler Freiräume zusammenleben können. Weiters skizziert eine Raumplanerin anhand des Johannesburger Stadterneuerungsplans, wie die Innenstadt erfolgreich revitalisiert wurde und gleichzeitig 16.000 Wohnungen für Familien mit niedrigem Einkommen geschaffen werden konnten.

Trotz des Schwerpunktes auf kunstaffine, erfolgreiche und aufstrebende Persönlichkeiten, die am pulsierenden Leben von „Jozi“ partizipieren, wurde nicht auf die Stimmen der sogenannten „kleinen Leute“ vergessen. Eine Hausangestellte und eine Kindergärtnerin aus Alexandra kommen ebenso zu Wort wie ein junger Mann, der gerade ein Kleinunternehmen gegründet hat, das Fahrradtouren im ehemaligen Township organisiert. Johannesburg wird als multikulturelle Stadt, die sich in einem permanenten Transformationsprozess immer aufs Neue selbst erfindet, förmlich greifbar. Das reich bebilderte Buch führt zu bekannten und neuen Orten Johannesburgs und ist als alternative Reiseliteratur für eine selbst organisierte Stadterkundung empfehlenswert.

Bernhard Bouzek



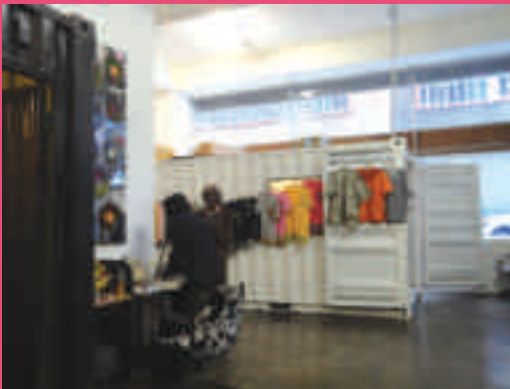
# Impressionen aus Johannesburg



*Kontraste: Central Business District...*



*... und Alexandra Township*



*Designstudio im Kulturviertel Maboneng*



*Tourist Guide beim Hector Peterson Memorial in Soweto*



*Eröffnung des mobilen Swimming Pools in der Chief Luthuli Primary School in Daveyton*

**von Walter Sauer (SADOCC)**

mandelbaum *verlag*

# was Salzburg mit dem südafrikanischen Burenkrieg zu tun hat oder ...

... warum Eisenstadt in Karl Mays »Sklavenkarawane« vorkommt oder ob der erste schwarze Sklave Österreichs tatsächlich in Kärnten lebte – derlei Fragen stellten sich dem Autor im Verlauf seiner Fahrt durch das »Afrikanische Österreich«.

Entstanden ist daraus ein Reiseführer besonderer Art, der nach dem »grabe, wo du stehst«-Prinzip afrikanischen Spuren in Wien und den Bundesländern nachgeht und dabei überraschende Facetten österreichischer Geschichte und Gegenwart freilegt.

Die vorgeschlagenen Reiserouten führen Leserinnen und Leser in Kirchen und Museen, zu Denkmälern und Straßenschildern, machen sie mit Institutionen, Restaurants und Afrosshops bekannt. Aus über fünfhundert Stationen formiert sich eine neue, afrikanische Geographie Österreichs. In ihr spiegeln sich Geschichten über Sklaverei und Kolonialismus, Mission und Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration wider.

WALTER SAUER, Autor des längst vergriffenen Standardwerks »Afrikanisches Wien«, lehrt am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien und ist Vorsitzender des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika (SADOCC).

**Walter Sauer (Hg.)**

**EXPEDITIONEN INS AFRIKANISCHE ÖSTERREICH**

Ein Reisekaleidoskop

Euro 24,90, 480 Seiten, Klappenbroschur

Format 16 x 24 cm, ISBN: 978-3-85476-451-9

Erscheint Ende September

